

US-Gesundheitsreform

## Kampf gegen die Kostenexplosion

Seit 1970 sind in den USA die Ausgaben für Gesundheitsleistungen von etwa 350 Dollar je Einwohner auf mehr als 7.000 Dollar gestiegen. Für Normalverdiener haben sich die Belastungen auch deshalb drastisch erhöht, weil viele Betriebe aufgrund der steigenden Kosten die freiwillige Krankenversicherung für ihre Angestellten gekündigt haben. Deshalb mussten immer mehr Arbeitnehmer eine teurere private Police abschließen – oder sie blieben ohne Gesundheitsschutz. Die Zahl der nicht krankenversicherten US-Bürger ist seit 1990 von 35 Millionen auf mehr als 50 Millionen gestiegen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, sieht die 2010 vom US-Kongress verabschiedete Gesundheitsreform als Kernstück eine Versicherungspflicht vor. Zudem sind steuerfinanzierte Zuschüsse zu den Versicherungsbeiträgen für all jene vorgesehen, deren Einkommen maximal 400 Prozent der amtlichen Armutsgrenze beträgt. Die Reform wird in den kommenden zehn Jahren nach bisherigen Schätzungen etwa 940 Milliarden Dollar kosten – aber vor allem die Versicherungsbeiträge der weniger gut Verdienenden deutlich senken. Den Versicherungen winken mehr als 30 Millionen neue Kunden – ein Markt, dessen Wert schon jetzt auf 2,2 Billionen Dollar geschätzt wird.


Zuvor bleibt jedoch abzuwarten, wie die Gerichte über die Gesundheitsreform urteilen. Denn 28 Bundesstaaten der USA haben gegen die vorgesehene Krankenversicherungspflicht geklagt – am Ende wird wohl der Supreme Court über deren Verfassungskonformität entscheiden.

**Waltraut Peter: Historie und Perspektiven der US-Krankenversicherung, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln, in: IW-Trends 3/2011**

Siehe: [www.iwkoeln.de/trends](http://www.iwkoeln.de/trends)

Gesprächspartner im IW: **Dr. Jochen Pimpertz, Telefon 0221 4981-760**

# Obamas Werk vor Gericht

**US-Gesundheitsreform.** Im März 2010 hat der Kongress der USA eine umfassende Reform des Gesundheitswesens verabschiedet. Doch viele Bundesstaaten haben Klage eingereicht gegen das Kernstück des Vorhabens – die Krankenversicherungspflicht. 

Vielen Amerikanern galt und gilt die Krankenversicherungspflicht als sozialistischer Angriff auf die individuelle Freiheit. Dass Präsident Barack Obama dennoch vehement für das Vorhaben gekämpft hat, lag vor allem an der Kostenexplosion im Gesundheitswesen und deren verheerenden Auswirkungen auf die Mittelschicht:

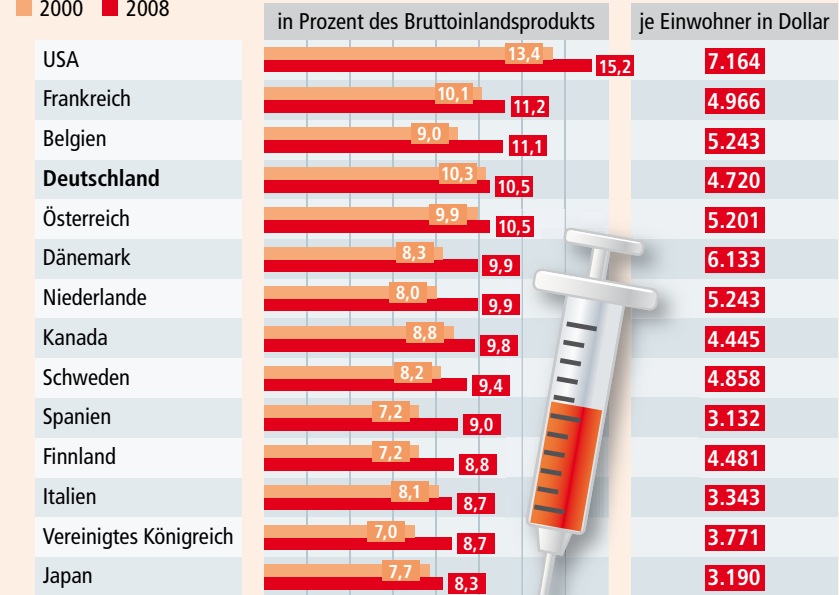
**Seit dem Jahr 1970 sind die Ausgaben für Gesundheitsleistungen von etwa 350 Dollar je Einwohner auf mehr als 7.000 Dollar gestiegen.**

Auch gemessen an der Wirtschaftsleistung ist das Gesundheitssystem der USA das teuerste weltweit (Grafik). Für viele Normalverdiener haben sich die Belastungen drastisch erhöht – nicht zuletzt, weil zahlreiche Betriebe aufgrund der steigenden Kosten die traditionelle freiwillige Krankenversicherung für ihre Angestellten gekündigt haben. Deshalb mussten immer mehr Arbeitnehmer eine teurere private Ver-

## Teures US-Gesundheitssystem

Private und staatliche Gesundheitsausgaben

■ 2000 ■ 2008



Quelle: Weltgesundheitsorganisation

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 40

sicherung abschließen – oder sie blieben ohne Gesundheitsschutz:

**Die Zahl der nicht krankenversicherten US-Bürger ist seit 1990 von 35 Millionen auf mehr als 50 Millionen gestiegen.**

Die Reform soll diese Zahl senken und die Krankenversicherung für alle bezahlbar machen. Dafür sieht das 2.800 Seiten starke Gesetz ein großes Maßnahmenbündel vor (vgl. iwd 29/2010). Neben der Versicherungspflicht gehören dazu z.B. steuerfinanzierte Zuschüsse zu den Beiträgen für all jene, deren Einkommen maximal 400 Prozent der amtlichen Armutsgrenze beträgt. Wer sich der Versicherungspflicht entzieht, muss eine Strafe zahlen, ebenso Arbeitgeber, die keine Betriebsversicherung anbieten. Zudem wird der Versicherungsmarkt stark reguliert – so dürfen Versicherungen die Ausgaben nicht mehr über die Dauer der Police oder pro Jahr nach oben begrenzen.

Die Reform wird in den kommenden zehn Jahren etwa 940 Milliarden Dollar kosten – aber vor allem die

Versicherungsbeiträge der weniger gut Verdienenden deutlich senken. Den Versicherungen winken mehr als 30 Millionen neue Kunden – ein Markt, dessen Wert schon jetzt auf 2,2 Billionen Dollar geschätzt wird.

Doch auch wenn Teile der Reform bereits in Kraft getreten sind, hängt die Zukunft des Gesamtpakets vor allem von den Entscheidungen der Gerichte ab. Denn 28 Bundesstaaten haben gegen die Versicherungspflicht geklagt. Bislang wurden fünf Urteile erwirkt – zwei haben die Pflicht als verfassungswidrig erklärt, drei sehen sie als verfassungskonform. Letztlich muss wohl der Supreme Court entscheiden.

Zudem sperren sich viele Unternehmen wegen der befürchteten hohen Bürokratiekosten gegen die Reform. Und nicht zuletzt stehen im November 2012 die nächsten Präsidentschaftswahlen an. Da die Republikaner massiv Front gegen Obamas Werk machen, könnten davon am Ende nur noch einzelne Bestandteile übrig bleiben.



**IW-Trends**  
3/2011

Waltraut Peter: Historie und Perspektiven der US-Krankenversicherung, gefördert von der informedia-Stiftung – Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik Köln

[www.iwkoeln.de/trends](http://www.iwkoeln.de/trends)